



Christina Boll
Miriam Beblo
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Oktober 2013

Das Paar – eine Interessenseinheit?

Empirische Evidenz zu
partnerschaftlichen
Aushandlungsprozessen

Vorwort	9
1 Einleitung	10
2 Empirische Evidenz zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen	16
2.1 Fertilität	18
2.2 Einkommensverwendung	21
2.3 Arbeitsteilung	25
3 Politische Implikationen	30
4 Zusammenfassende Thesen	36
Literatur	40

Seitdem die Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung vorliegt, besteht kein Zweifel mehr, dass in Deutschland familienpolitische Reformen nötig sind. Beim Nachdenken darüber, wie diese Reformen aussehen sollen, lohnt es sich, einen kritischen Blick auf die (bisherigen) Prämissen deutscher Familienpolitik zu werfen und sich zu fragen: Treffen diese eigentlich zu? Und wenn nicht, was hat das für Konsequenzen?

In Deutschland basieren viele familienpolitische Leistungen auf der Grundannahme, dass (Ehe-)Partner über die Verwendung von Einkommen und die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit einvernehmlich, gleichberechtigt und zum Besten von beiden Partnern entscheiden. Während in den Nordischen Ländern Steuer-, Sozial- und Familienpolitik eher am Individuum ansetzt, geht die deutsche Politik noch immer stark vom Paar als Interesseneinheit aus. Ausgeblendet werden Interessenkonflikte und Machtasymmetrien.

Doch wie verhandeln Partner wirklich? Welche Rolle spielt es für das Verhandlungsergebnis, wer wie viel zum Haushaltseinkommen beiträgt? Wie entscheiden Paare, wer welchen Anteil an der Hausarbeit übernimmt, ob Kinderwünsche erfüllt oder welche Anschaffungen gemacht werden? Wer eine zeitgemäße, geschlechtergerechte und nachhaltige Familienpolitik machen möchte, sollte sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Dank innovativer Forschungsmethoden sind die Aushandlungsprozesse in Partnerschaften keine Blackbox mehr. Aktuelle Forschungsergebnisse werfen ein neues Licht auf familienpolitische Maßnahmen und zeigen, wie massiv sie Aushandlungsprozesse beeinflussen, Verhandlungspositionen schwächen (oder stärken) und Konflikte schüren können. Wir haben darum die Ökonominen Prof. Dr. Miriam Beblo (Universität Hamburg) und Dr. Christina Boll (HWWI) beauftragt, die zentralen, teilweise noch unveröffentlichten Forschungsergebnisse zu Aushandlungsprozessen in Partnerschaften zusammenzustellen und politische Empfehlungen daraus abzuleiten. Die Ergebnisse begründen Zweifel an herkömmlichen familienpolitischen „Gewissheiten“ und liefern neue Argumente für eine stärker am Individuum orientierte Steuer-, Sozial- und Familienpolitik.

Bettina Luise Rürup

Leiterin Forum Politik und Gesellschaft

Christina Schildmann

Forum Politik und Gesellschaft

Auf Paar-Ebene werden viele Entscheidungen getroffen, die in der Summe das Bild einer Gesellschaft prägen. Paare entscheiden darüber, wofür sie das verdiente Geld ausgeben wollen, ob sie Kinder bekommen wollen (und wenn ja: wie viele und wann), wie sie ihre Zeit auf Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit aufteilen wollen, wie viel Geld und Zeit sie in Weiterbildung und Bildung ihrer Kinder investieren wollen, ob sie einen angebotenen Job annehmen oder einen neuen suchen, wann sie in Rente gehen wollen etc. Die Ergebnisse dieser auf der Mikroebene getroffenen Entscheidungen finden ihren Ausdruck in makroökonomischen Kennziffern wie beispielsweise der Geburtenrate, der Frauenerwerbsquote, der Sparquote oder dem durchschnittlichen Renteneintrittsalter. In all diesen Entscheidungssituationen – und die Liste ist sicher nicht vollständig – ist die Bedeutung des Haushaltskontextes empirisch evident. Der Staat ordnet manche Leistungen (zum Beispiel das Elterngeld) gezielt Individuen, andere wiederum dem Paar als Einheit, zu. So knüpft die Bedarfsgemeinschaft zusammenlebender Personen nach SGB II an der Paare-Ebene an, und auch die Zusammenveranlagung verheirateter Partner bei der Einkommenssteuer basiert auf der Annahme, dass Partner gemeinsam wirtschaften.

Auch in der Haushaltsökonomik verwendete man lange Zeit das so genannte unitäre Modell (Samuelson 1956; Becker 1965), nach dem Partner entweder die gleichen Interessen verfolgen oder, sollten Interessenskonflikte bestehen, diese durch Ausgleichszahlungen ausräumen können. Derjenige Partner, der sich beispielsweise von der Familiengründung einen höheren Nutzen verspricht und/oder die geringeren Kosten hat als der andere Partner, kompensiert sein Gegenüber dergestalt, dass im Endergebnis beide Partner zufrieden sind (Becker 1965; 1981). So kann die Geburt eines Kindes für den Partner, der sich in den ersten Monaten und Jahren zeitintensiv um das Kind kümmert, mit einer Verschlechterung seiner Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven am Arbeitsmarkt verbunden sein. Solange dieser Partner jedoch davon ausgehen kann, dass die außerehelichen Optionen für seinen Anteil an den ehedgemeinsamen Gütern auch dann, wenn die Kinder groß sind, keine Rolle spielen werden, wird er nicht davor zurückschrecken, die Spezialisierung einzugehen. Die getroffene Entscheidung des Paares, in diesem Fall für die Familiengründung, wird als effizient bezeichnet, da kein Partner besser gestellt werden kann ohne zugleich den anderen schlechter zu stellen (Rasul 2008).

Können Partner tatsächlich solche bindenden Absichtserklärungen treffen? Ist dies nicht der Fall, können Entscheidungen mit mehr oder minder großen Risiken für den weiteren Lebensverlauf einzelner Partner verbunden sein. Eine verschlechterte Position auf dem Arbeitsmarkt kann außerhalb der Ehe, wenn beide Partner auf ihre eigenen Verdienstmöglichkeiten zurückgeworfen sind, für manche ein geringeres Wohlstandsniveau bedeuten. Dies voraussehend, werden Spezialisierungen,

zum Beispiel auf Hausarbeit und Kinderbetreuung, eventuell nicht eingegangen: Kinder werden nicht geboren, obwohl beide Partner sich ein Kind wünschen. Das Ergebnis ist ineffizient, weil Optionen, die beide Partner besser stellen, nicht genutzt werden (Browning et al. 2006; Lundberg/Pollak 2003). Im unitären Modell kommt dieser Fall nicht vor, da die Partnerschaft hier annahmegemäß stabil ist und daher die paarinterne Verteilung von Ressourcen unabhängig von sich ändernden äußeren Faktoren bleibt (Becker 1960). Auch wird hier davon ausgegangen, dass die Partner ihre Einkommen zusammenlegen („income pooling“), sodass die Zuordnung von Einkommensbestandteilen und staatlichen Transferleistungen zu einzelnen Partnern vollkommen irrelevant für die Verwendungsentscheidung ist. Lediglich eine Änderung des Haushaltseinkommens kann demnach das Konsumverhalten des Paares beeinflussen, nicht aber die Höhe der individuellen Einkommen.

Zahlreiche empirische, vor allem experimentelle, Untersuchungen belegen jedoch, dass das unitäre Modell systematisch an der Realität vorbeigeht. Partnerschaften gehen auseinander und Ehen werden geschieden, in Kombination mit der Tatsache, dass Dritte die nötigen Kompensationszahlungen für eingegangene ehebezogene Risiken nicht oder nur teilweise tragen und zudem auch darauf im Vorhinein nicht ausreichend Verlass ist.

Innerhalb der Haushaltsökonomik hat sich mit den Verhandlungs- und kollektiven Modellen eine theoretische Grundlage etabliert, diese Unwägbarkeiten und ihre Verhaltensfolgen abzubilden (Apps/Rees 1988; Bourguignon et al. 1993; Browning/Chiappori 1998; Chiappori 1988; 1992; Chiappori/Ekeland 2001; Manser/Brown 1980; McElroy/Horney 1981; Sen 1983).

Es wird hier davon ausgegangen, dass die getroffene Entscheidung neben den Vorlieben und dem Budget auch von der Macht der einzelnen Partner abhängt, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. In kooperativen Verhandlungsmodellen wird die sogenannte Verhandlungsmacht der Partner von den außerpartnerschaftlichen Optionen beider Partner bestimmt. Der ‚Drohpunkt‘ bei Interessensdissens ist demnach die Auflösung der Partnerschaft. Je tiefer ein Partner in seiner Wohlstandposition nach Auflösung der Partnerschaft fällt, desto geringer ist seine innereheliche Verhandlungsposition. Verbessert sich seine außereheliche Wohlstandsposition relativ zum Partner etwa deshalb, weil sich seine relative Arbeitsmarktposition verbessert oder politische Reformen zu einer Erhöhung seiner relativen Transferansprüche im Single-Fall führen, verbessern diese Umstände seine innereheliche relative Verhandlungsmacht (Bourguignon et al. 2009; Haddad/Kanbur 1992). Er wird bei wiederkehrenden Entscheidungen wie der Einkommens- oder Zeitverwendung, bei Entscheidungen über weitere Kinder etc. eher in der Lage sein, seine Interessen

durchzusetzen. Als Drohpunkt kann allerdings auch ein nichtkooperatives Verhalten innerhalb der Ehe dienen, wie es Lundberg und Pollak (1993) mit ihrer ‚Theorie der separaten Sphären‘ beschreiben.

Das heißt, das Eingehen der oben genannten Spezialisierungsrisiken – etwa durch die Übernahme von Hausarbeit und Kinderbetreuung – hat nicht erst nach Auflösung der Partnerschaft nachteilige Folgen, sondern diese wirken, da sie vorausgesehen werden, bereits in die Partnerschaft selbst hinein. Die beobachtbare Entscheidung spiegelt dann möglicherweise lediglich die Interessen des Partners mit der höheren Verhandlungsmacht wider. Wie im unitären Modell wird angenommen, dass die individuellen Vorlieben der Partner über die Zeit stabil und unabhängig von ihrer Verhandlungsmacht sind. Ergeben sich veränderte Paarentscheidungen trotz unveränderter Interessensunterschiede der Partner und unveränderter finanzieller Restriktionen des Haushalts, wird dies auf eine veränderte Machtkonstellation zwischen den Partnern zurückgeführt (Browning et al. 1994). Die die Verhandlungsmacht beeinflussenden Faktoren nennt man Teilungsfaktoren

(Browning/Chiappori 1998). Empirische Studien deuten zudem darauf hin, dass für verschiedene Entscheidungssituationen verschiedene Teilungsregeln gelten. Partner verhalten sich bei Fertilitätsentscheidungen, die geänderte zeitliche Anforderungen mit sich bringen, vermutlich anders als bei Entscheidungen über größere finanzielle Anschaffungen und hier wiederum anders als bei wöchentlichen Ausgaben (Browning et al. 2006; Browning et al. 1994).

Hier knüpft die vorliegende Kurzexpertise an. Sie verfolgt drei Ziele. Sie will erstens darlegen, in welchen zentralen Entscheidungssituationen auf Paarebene es einschlägige empirische Hinweise auf Interessenskonflikte gibt. Wir beschränken uns hier auf die drei Entscheidungsbereiche Fertilität, Arbeitsteilung und Einkommensverwendung. Sie will zweitens die Faktoren zusammentragen, die in multivariaten Analysen und verhaltenswissenschaftlichen Experimenten als maßgebliche ‚Entscheidungs- beziehungsweise Teilungsfaktoren‘ in den genannten drei Entscheidungsbereichen identifiziert worden sind, weil sie einen Einfluss darauf haben, welcher Partner sich letztlich mit seinen Präferenzen durchsetzt. Die Studie will drittens die politischen Implikationen hieraus aufzeigen: Wo wirken politisch-rechtliche Rahmenbedingungen heute schon in die Machtbalance zwischen Partnern hinein? Umfassende Kenntnis der Wirkungszusammenhänge ist der erste Schritt, gesetzte politische Ziele effektiver zu erreichen. Einen Erkenntnisbeitrag in diesem Sinne möchte diese Studie leisten.

Im Folgenden Kapitel 2 wird für die genannten drei Entscheidungsbereiche einzeln dargelegt, wie sich Interessenkonflikte äußern und wie sie paarintern gelöst werden. Die politischen Implikationen werden in Kapitel 3 diskutiert. Kapitel 4 fasst die Hauptaussagen der Expertise thesenartig zusammen. Die verwendete Literatur findet sich am Ende der Studie.

2.1 FERTILITÄT

2.1.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit Geburtenentscheidungen?

Divergierende Interessen auf Paarebene im Bereich Geburtenentscheidungen lassen sich beispielsweise an unterschiedlichen Kinderwünschen festmachen. Auch wenn die Prognosekraft von Kinderwünschen für tatsächlich realisierte Geburten aus verschiedenen Gründen eingeschränkt ist (Boll et al. 2013a, 42-47), deutet der Geschlechterunterschied im Kinderwunsch auf paarinterne Interessenskonflikte hin. So zeigen Ergebnisse der *Population Policy Acceptance Study* (2003), dass sich unter den 20- bis 49-Jährigen in den meisten der untersuchten 13 Länder Frauen mehr Kinder wünschen als Männer. Die Geschlechterdifferenz beim durchschnittlichen Kinderwunsch ist in den Ländern unterschiedlich hoch und in Deutschland (Männer: 1,59; Frauen 1,75), den Niederlanden und Ungarn besonders stark ausgeprägt. Auch den Wunsch, kinderlos zu bleiben, äußerten mit der Ausnahme Tschechiens in diesem internationalen Vergleich mehr Männer als Frauen. In Deutschland bevorzugten dies nach eigenen Angaben 22,8 % der kinderlosen Männer, aber nur 15,4 % der kinderlosen Frauen, womit Deutschland sowohl beim Geschlechterdissens als auch bei dem Niveau gewollter Kinderlosigkeit den Spitzenplatz unter den untersuchten Ländern bildete. Doch auch in Ländern wie Belgien und den Niederlanden betrug der Geschlechterunterschied immerhin noch rund fünf Prozentpunkte. Die Anteile der Geschlechter beim Wunsch nach einem, zwei bzw. drei Kindern lagen in der Regel näher beieinander, jedoch sind die Unterschiede auch hier evident (BIB/Robert Bosch Stiftung 2005).

Die Determinanten von Kinderwünschen sind vielfältig und zwischen den Geschlechtern unterschiedlich akzentuiert¹. Bei Männern entwickeln sich Kinderwünsche oftmals erst im Kontext einer stabilen Partnerschaft; diese ist zugleich Voraussetzung dafür, dass bestehende Kinderwünsche von Frauen in Geburten umgesetzt werden (Eckhard/Klein 2012). Innerhalb von Partnerschaften findet sich Evidenz dafür, dass Partner bei divergierenden Kinderwünschen Kompromisse bezüglich der insgesamt realisierten Kinderzahl schließen (Testa et al. 2011). Insgesamt wird in diesem Fall eher eine unterdurchschnittliche Kinderzahl realisiert, und auch der völlige Verzicht auf Kinder ist nicht selten (Thomson 1997). Thomson und Hoem (1998) belegen mit schwedischen Daten, dass bei übereinstimmendem Wunsch beider Partner nach

[1] Die in diesem Absatz genannten Quellen sind entnommen aus Boll et al. (2013a), S. 64–66.

einem weiteren Kind das Kind bei 44 % der Paare innerhalb von zwei Jahren geboren wurde, während dies nur bei 6 % der Paare mit divergierenden Interessen der Fall war. Testa et al. (2011) schlussfolgern hieraus, dass die Wünsche, Intentionen und Interessen des Partners berücksichtigt werden müssen, um die Vorhersagekraft von Kinderwünschen bezüglich realisierter Geburten zu erhöhen. Eine Reihe von Studien weisen zudem darauf hin, dass andernfalls auch Einflussfaktoren auf Fertilität möglicherweise fehlinterpretiert werden (Bauer/Jacob 2010; Corijin et al. 1996; Thomson 1997; Thomson/Hoem 1998; Rosina/Testa 2009).

Neben unterschiedlichen Kinderwünschen manifestieren sich heterogene Präferenzen von Partnern auch in unterschiedlicher individueller Bedeutung von Kindern. Eine Untersuchung von Hener (2010) mit Daten des *Sozio-Oekonomischen Panels* (SOEP; vgl. Wagner et al. 2007) der Wellen 1990-2004 ergibt, dass es 65 % der Frauen, aber nur 55 % der Männer sehr wichtig finden, Kinder zu haben. Unter kinderlosen Paaren sind 28,8 % der Frauen beziehungsweise 19,2 % der Männer, unter Eltern 76,6 % der Mütter, aber nur 66,0 % der Väter dieser Meinung.

2.1.2 Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Thomson und Hoem (1998) können zeigen, dass die Geburtenwahrscheinlichkeit im Fall divergierender Kinderwünsche unabhängig davon ist, welcher Partner den Kinderwunsch äußert. Auch Bauer und Kneip (2013) belegen mit deutschen *PAIRFAM*-Daten (*Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics*; Huinink et al. 2011), dass weder Frauen noch Männer per se die Geburtenentscheidung dominieren (ebenso Pavetic/Stein 2011 mit Daten des Bamberger Ehepaar-Panels). Im Fall divergierender Interessen finden Bauer und Kneip (2013) jedoch Belege dafür, dass Partner bei erwartetem hohem Nutzenverlust ein wirksames Veto gegen den Wunsch des anderen Partners einlegen können. Zudem spielt bei Uneinigkeit der Partner auch Verhandlungsmacht eine Rolle. Die relative Verhandlungsmacht begründet sich in individuellen Charakteristika und/oder strukturellen Faktoren. So belegen Bauer und Kneip (2013), dass das Knappheitsverhältnis auf dem Partnermarkt zugunsten eines Partners dessen Durchsetzungskraft bei der Verfolgung seines Kinderwunsches verstärkt. Für italienische Frauen finden Testa et al. (2011), dass Frauen einen höheren Einfluss auf Geburtenentscheidungen haben als Männer. Diese Schlussfolgerung ziehen auch Bauer und Jacob (2010) für deutsche Frauen aus ihrer Untersuchung mit Mikrozensus-Daten der Jahre 1996-2004; sie verweisen vor allem auf die hohe Bedeutung des weiblichen Bildungsniveaus für die Geburtenentscheidung. Rosina und Testa (2009) bestätigen für Italien, dass paarinterne Interessenskonflikte

vorwiegend in Paaren mit hochgebildeten, erwerbstätigen Frauen auftreten. Die Bedeutung des Humankapitals unterstreicht auch Hener (2010). Er findet mit SOEP-Daten, dass nicht die Beschäftigung an sich, sondern das hierdurch vermittelte Einkommen die Durchsetzungskraft der Frauen hinsichtlich ihrer Kinderwünsche erhöht.^{2, 3}

Wie die Studien zeigen, ist die Verhandlungsmacht keine feste Größe, sondern wird durch erwerbsbiografische und andere Entscheidungen beeinflusst. Steurer (2008) zeigt in einem Zwei-Perioden-Modell, wie heutige Geburtenentscheidungen von den antizipierten Folgewirkungen auf die relative Verhandlungsposition im weiteren Lebensverlauf abhängen können: Bei nicht bindenden Verträgen geht mit der Antizipation der verschlechterten Verhandlungsmacht von Frauen in Periode 2 eine Überinvestition in Humankapital und eine Unterinvestition in Kinder in Periode 1 einher (ebenso Iyigun/Walsh 2007; vgl. zu näheren Ausführungen die Einleitung weiter oben). Boll (2011a; 2011b) quantifiziert – ebenfalls mit SOEP-Daten – das asymmetrische Spezialisierungsrisiko in Deutschland in Form von Lohneinbußen, die Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen erleiden und kann zeigen, dass die Aufschiebung von Geburten beziehungsweise der Verzicht auf Kinder im Kontext nicht bindender Verträge rational sein kann. Sie schlussfolgert, dass Verhandlungsmodelle, eher als unitäre Modelle, in der Lage sind, das beobachtbare Geburtenverhalten in Deutschland zu erklären (siehe hierzu auch Ott 1992; 1995).

Steurer (2008) untersucht ferner die modelltheoretische Fertilitätswirkung unterschiedlicher Regelungen zum Sorgerecht. Er zeigt auf, dass höhere väterliche Sor-

[2] In anderen kulturellen Kontexten gelten andere Verteilungsfaktoren. So kann Rasul (2008) für Malaysia zeigen, dass der Kinderwunsch von Männern durch die Erbschaft von Land verstärkt wird.

[3] Der Einfluss des Alters der Frau oder des Altersabstands der Partner auf die relative Verhandlungsposition ist nicht evident. So zeigt Testa (2010), dass bei Kontrolle für weitere sozioökonomische Faktoren das Alter der Frau keinen signifikanten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit divergierender Partnerwünsche bezüglich der Familiengründung hat. Dies deutet darauf hin, dass die Verhandlungsmacht eher von anderen Faktoren wie etwa dem Einkommen oder der Erwerbserfahrung getrieben wird, die mit dem Alter positiv korrelieren. Weiterhin gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen Alter und Dauer sowie Stabilität der Partnerschaft – den Faktoren also, die nach den weiter oben zitierten Befunden von Eckhard und Klein (2012) bei Männern entscheidend für die Herausbildung von Kinderwünschen sind. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die Kinderwünsche der Partner mit steigendem Alter eher einander annähern. Diese These wird nicht nur durch den oben genannten Befund von Testa (2010), sondern auch durch die eingangs dargestellten paritätsspezifischen Kinderwunsch-Divergenzen gestützt, die mit höheren Geburtenfolgen abnehmen.

gerechtsansprüche in Form höherer Zeitanteile, die Väter mit ihren Kindern nach der Scheidung verbringen („visitation rule“) mit einem geringeren Geburtenanreiz von Frauen verbunden ist, da der Nutzen der Mutter aus dem vormals eheöffentlichen Gut „Kind(er)“ nach der Trennung in diesem Fall eingeschränkt ist. Das gestaltet reduzierte außerpartnerschaftliche Nutzenniveau schwächt ihre innerehelic Verhandlungsposition, während es sich für den Vater umgekehrt verhält. Ferner belegen die Ergebnisse von Hener (2010), dass kindbezogene Transferleistungen, die dem Partner mit dem höheren Kinderwunsch zuerkannt werden, fertilitätsfördernd wirken können. Auch in nicht-kooperativen Verhandlungsmodellen, in denen der Drohpunkt in einem innerehelic Rückfall in die traditionelle Arbeitsteilung besteht („separate spheres“), kann die erwartete Zuordnung solcher Leistungen fertilitätsrelevant sein (Lundberg/Pollak 1993). Die Verhandlungsmacht der Partner kann ferner auch durch familienpolitische Leistungen beeinflusst werden, die alleinerziehenden Elternteilen zuerkannt werden (Greenwood et al. 2003; McElroy 1990).

2.2 EINKOMMENSVERWENDUNG

2.2.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit Entscheidungen zur Einkommensverwendung?

Die vorliegenden empirischen Studien zu möglichen Interessenskonflikten bei Teilung und Verwendung von Einkommen in Paaren oder Paarhaushalten lassen sich grob in drei Kategorien gliedern:⁴

Zunächst gibt es die Kategorie der Befragung – entweder von Einzelpersonen, die in einer Paarbeziehung leben, oder von Paaren insgesamt – zum Beispiel im Rahmen von *PAIRFAM*, dem *SOEP*, der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)* und einigen verwandten internationalen Datensätzen wie dem *International Social Survey Programme (ISSP)*. Hier wird zum einen nach den im Paaralltag üblichen Verhaltensweisen gefragt – wie und von wem die finanziellen Mittel des Haushalts verwaltet werden, wer Zugriff darauf hat, wer wen bei Anschaffungen um Erlaubnis fragen muss, ob es ein gemeinsames Konto gibt usw., zum anderen werden voraussichtliche Verhaltensweisen in hypothetischen Situationen abgefragt. Zu den üblichen Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Geld

[4] Die in diesem Absatz genannten Quellen sind teilweise entnommen aus Beblo und Bening (im Erscheinen).

lautet die Frage im SOEP (im Jahr 2008) beispielsweise: „Wie regeln Sie und Ihr (Ehe-)Partner den Umgang mit dem Einkommen, das einer von Ihnen oder Sie beide erhalten?“ Die erste Antwortmöglichkeit („Jeder verwaltet sein eigenes Geld.“) entspricht einer individuellen bzw. getrennten Geldverwaltung, während die vierte („Wir legen das ganze Geld zusammen und jeder nimmt sich, was er/sie braucht.“) am ehesten eine Art Einkommenspooling oder gemeinsame Verwaltung darstellt (siehe hierzu auch die Ausführungen von Ludwig-Mayerhofer 2006). Die anderen Kategorien sind nicht trennscharf und weniger klar zuzuordnen. Im Mittel der Jahre 1999 bis 2008 hatten 17 % der Paare getrennte Konten und mehr als zwei Drittel gaben an, ein gemeinsames Bankkonto zu besitzen (DIW Berlin 2011). Diese Gruppe wird kleiner, wenn zusätzlich die Frage nach dem letzten Wort bei wichtigen finanziellen Entscheidungen berücksichtigt wird: Laut Holst und Schupp (2006: 2445) entscheiden bei 56,5 % der Paare beide gleichermaßen. Dies betrifft insbesondere Verheiratete mit geringerer Erwerbspartizipation der Frauen, im Vergleich zu Paaren die getrennt verwalten.

Auch in der *ALLBUS*-Erhebungswelle 2002 praktizieren nach Auswertungen von Ludwig-Mayerhofer (2006) etwa zwei Drittel der befragten Paare eine gemeinsame Geldverwaltung und in 12 Prozent wird das Geld von den Partnern individuell verwaltet.

Allerdings ist eine gemeinsame Geldverwaltung und auch ein gemeinsames Konto noch kein hinreichender Beleg dafür, dass beide Partner tatsächlich gleichmäßig und unabhängig von äußeren Änderungen (wie den individuellen Einkommensmöglichkeiten oder Zuwendungen) darüber verfügen können. Unterschiedlich empfundene moralische Zugriffsrechte auf ein gemeinsames Konto, beispielsweise aufgrund individuell unterschiedlicher Beiträge hierzu, können zu unterschiedlichen Verwendungshöhen führen. In einer Befragung von Paaren mit Niedrigeinkommen untersuchten Ludwig-Mayerhofer et al. (2006) die Beträge, über die beide Partner verfügen können, und wiesen nach, dass die Bildungsunterschiede zwischen den Partnern die Höhe beeinflussen – je asymmetrischer die Bildung, desto ungleicher die persönlichen Beträge.

Alternativ wird in Befragungen auch das voraussichtliche oder hypothetische Verhalten erhoben. Hierzu wird eine Situation geschildert und nach der wahrscheinlichsten Reaktion gefragt – wie beispielsweise in einer dänischen Studie von Bonke und Browning (2010), in der die Befragten angeben sollten, wie sich ihr Konsumverhalten ändern würde, wenn sie weniger und ihr Partner/ihre Partnerin gleichzeitig mehr Geld verdienen. Hypothetische Fragen haben den grundsätzlichen Nachteil, dass sie erwünschte Antworten hervorrufen. Ob sie diese hypothetische Frage wahrheitsgemäß oder aber so beantworten, wie sie es für sozial erwünscht halten,

hat meist keine Konsequenzen für die Befragten. Dies gilt auch für Vignetten-Studien, in denen komplexere Entscheidungssituationen mit mehreren Dimensionen geschildert werden – sofern sie nicht mit echten (ökonomischen) Anreizen arbeiten.

Die zweite Kategorie der Studien zur paarinternen Einkommensverteilung bilden konsumorientierte Analysen. Diese basieren wie die erste Gruppe auf Mikrodatensätzen, welche Informationen zu Konsumgewohnheiten und Ausgaben für bestimmte private Güter enthalten und versuchen, über den Zusammenhang der individuellen Konsumausgaben mit den individuellen Einkünften der Befragten, auf die Einkommensverteilung, insbesondere die (moralischen) Zugriffsrechte auf das Einkommen innerhalb eines Haushaltes, zu schließen (siehe z.B. Bonke/Uldall-Poulsen 2007; Bonke/Browning 2010; Cherchye et al. 2012; Amuedo-Dorantes et al. 2010; Kalugina et al. 2009). Schon Browning et al. (1994) identifizieren hier für kinderlose kanadische Paare folgende Einflussvariablen, mit denen der Anteil der Frau an den Gesamtausgaben des Haushalts variiert: Einkommensabstand der Partner (Bruttoerwerbseinkommen), Gesamtausgabenniveau des Haushalts (d.h. Wohlfahrt des Haushalts) und Altersabstand der Partner. Blundell et al. (2007) bestätigen mit UK-Befragungsdaten, dass Löhne einen hohen Einfluss haben, denn Männer und Frauen vereinnahmen jeweils eigene Einkommenssteigerungen vollständig für eigenen Konsum. Da Konsumdaten in Deutschland üblicherweise auf Haushaltsebene erhoben werden (wie z.B. in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe *EVS*), gibt es hierzulande keine Studien in dieser Kategorie. Eine Ausnahme bildet die Analyse von Beninger (2012), welche allerdings auf einer kleinen Fallzahl basiert. Beninger nutzte die in der dritten Welle des Pre-Test-Datensatzes von *PAIRFAM* erhobenen Ausgabenstrukturen der Haushalte für acht repräsentative Güter. Anhand eines kombinierten Simulations-Matching-Verfahrens prognostiziert er damit die Ausgabenstruktur und Ressourcenverteilung in der ersten Hauptwelle und ihren Zusammenhang mit weichen Faktoren wie Zufriedenheit in der Beziehung, Intimität und individuelle Attraktivität.⁵

Die dritte Gruppe von Studien hat das erklärte Ziel, Kausalbeziehungen (zwischen Einkommenskonstellation und Einkommensverwendung) zu identifizieren, indem sie die Reaktionen auf eine exogene Veränderung der Einkommensrelation im Paar beobachtet. Dies ist in einer kontrollierten experimentellen Umgebung möglich, wenn die Einkommensänderung nicht gleichzeitig zu einer Änderung des Haus-

[5] Ein grundsätzliches methodisches Problem von Konsumstudien ist die Endogenität von Konsumententscheidungen. Da sie simultan mit Erwerbsentscheidungen gefällt werden bzw. die Erwerbsentscheidungen aus Konsumwünschen resultieren können, sind Kausalschlüsse von Einkommenssteigerungen auf den Konsum problematisch.

haltsbudgets führt und auch nicht die individuelle Zeitverwendung und Abwägung zwischen Konsum und Freizeit beeinflusst. Einige Politikreformen stellen sogenannte natürliche Experimente dar, wenn zum Beispiel Ressourcen innerhalb der Privathaushalte staatlicherseits umverteilt werden – unabhängig von deren Erwerbstätigkeit und ohne Veränderung der Transfersumme an die Haushalte. Lundberg et al. (1997) untersuchen die Auswirkungen einer solchen Politikmaßnahme, der Kindergeldreform, in Großbritannien. Da ein Freibetrag vorher überwiegend dem Vater zugutekam, während das Kindergeld nach der Reform direkt an die Mutter ausgezahlt wurde, tangierte dieser Politikwechsel unmittelbar die finanziellen Verfügungsgewalten der Eltern. Die Autor/innen zeigen, dass allein aufgrund der geänderten Auszahlungsmodalität der relative Anteil der Konsumausgaben für Kinder- und Frauenkleidung ansteigt. Trotz einiger methodischer Kritik von Hotchkiss (2005) bestätigt sich dieser Befund auch in einer späteren mikroökonomischen Analyse desselben Datensatzes durch Ward-Batts (2008) – ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Einkommensverwendung abhängig von der Einkommenszuteilung ist. Rubalcava und Thomas (2000) weisen anhand der Ausgabenstruktur US-amerikanischer Niedrigeinkommenshaushalte nach, dass eine Erhöhung der staatlichen Transfers für alleinerziehende Mütter (*Aid to Families with Dependent Children, AFDC*) auch die Rückfalloptionen verheirateter Frauen mit Kindern verbessert und damit ihre Verhandlungspositionen im Verhältnis zu ihren Partnern.

Im Gegensatz zu natürlichen Experimenten, die sich aus Politikreformen quasi nebenbei ergeben, wird bei Feld- und Laborexperimenten eine Änderung der Rahmenbedingungen für Einzelpersonen oder Familien durch Intervention von Wissenschaftler/innen künstlich herbeigeführt. Feldexperimente werden in der Regel in Entwicklungsländern durchgeführt. Meist werden dabei Gruppen von Haushalten gebildet, an die zusätzliches Einkommen ausgezahlt wird, bei denen sich aber der Empfänger/die Empfängerin des Geldes unterscheidet. So zeigen Attanasio und Lechene (2002) mit mexikanischen Daten, dass die Verwendung des Einkommens abhängig davon ist, wer es erhält. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Ashraf (2009) und Iversen et al. (2011).

In Laborexperimenten beziehungsweise sogenannten gerahmten Feldexperimenten kann man einer Fragestellung noch isolierter unter kontrollierten Bedingungen nachgehen. In bisherigen Laborexperimenten wurde zwar gezeigt, dass Menschen sich in der Regel gegenüber Familienmitgliedern sozialer verhalten – nämlich öfter kooperieren und mehr teilen – als gegenüber Fremden. Vollständig kooperativ agieren jedoch auch Lebenspartner nicht miteinander, wie neuere Experimente bestätigen (Cochard et al. 2009; Beblo/Beninger 2012; Beblo et al. 2012). Das Paar-Experiment von Beblo und Beninger (2012; im Erscheinen) liefert zudem den

ersten direkten Test der Einkommenspooling-Hypothese in einem Industrieland, indem es die Verteilung von Ressourcen innerhalb deutscher Paare untersucht. Demnach wird Einkommenspooling als generalisierende Annahme verworfen. Ob Paare unabhängig von Teilungsfaktoren ihre Ressourcen poolen hängt von ihrem gelebten Familienmodell ab. Interessanterweise orientieren sich vor allem etablierte traditionellere Paare eher an den Ressourcen der einzelnen Partner als solche, bei denen beide Partner erwerbstätig sind und eigene Einkommen erzielen.

2.2.2 Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Als maßgeblicher Einflussfaktor für die Einkommensverwendung ist in den Kausalschlüsse zulassenden experimentellen Studien der konkrete Adressat/die konkrete Adressatin einer Einkommensleistung identifiziert worden. Dies gilt sowohl für das natürliche Experiment Politikreform und bisherige Feldexperimente als auch für die jüngsten gerahmten Paar-Experimente: Immer spielt der/die Einkommensempfänger/in eine entscheidende Rolle. Welcher Partner seine Präferenzen stärker durchsetzen kann, hängt maßgeblich von den persönlichen Ressourcen ab. Als Teilungsfaktor bestätigt sich auch im Experiment die Höhe des individuellen Einkommens. Befragungsdaten geben Hinweise darauf, dass darüber hinaus auch Alters- und Bildungsunterschiede innerhalb eines Paares und das grundsätzliche Wohlstandsniveau den Zugriff der einzelnen Partner auf das Haushaltseinkommen zu beeinflussen scheinen.

2.3 ARBEITSTEILUNG

2.3.1 Wie äußern sich unterschiedliche Partnerinteressen im Zusammenhang mit der Arbeitsteilung?

Eine naheliegende Datenquelle für die Messung individueller Zeitverwendung sind die *Zeitbudgeterhebungen* 1991/92 und 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes (die Feldphase für die Erhebungswelle 2012/13 ist unseres Wissens gerade abgeschlossen). Eine Aufstellung in Schneider et al. (2011) zeigt, wie viel Zeit Frauen und Männer laut Zeitbudgeterhebung 2001/2002 durchschnittlich am Tag für unbezahlte und bezahlte Arbeit aufwenden. Bezahlte Arbeit ist hier Erwerbsarbeit und wird sowohl häufiger (38 % gegenüber 25 %) als auch umfangreicher (8,4 gegenüber knapp 7 Stunden) von Männern als von Frauen ausgeübt. Bei der unbezahlten Arbeit im Haushalt (inklusive Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen) ist es umgekehrt (2,5 Stunden im Durchschnitt aller Männer und gut 4 Stunden bei Frauen).

Auch das *SOEP* bietet einen regelmäßigen Fragenblock zur täglichen Zeitverwendung. Die Abfrage erfolgt sehr grob in vorgegebenen Aktivitäten – jeweils getrennt nach Werktag und Wochenende. In zusammenlebenden Paaren verbringen Frauen mehr als doppelt so viel Zeit mit Arbeiten im Haus (4,5 Stunden versus 2,3 Stunden) und Kindern (2,7 Stunden versus 0,8 Stunden) als ihre Ehemänner (86 % der Paare sind formal verheiratet), während diese 3 2/3 Stunden länger erwerbstätig beziehungsweise auf dem Weg dorthin sind (im Mittel der *SOEP*-Erhebungswellen 1991-2000, eigene Berechnungen). Die Unterschiede im Paar sind deutlich größer als diejenigen zwischen Frauen und Männern allgemein. Selbst in Paaren, in denen beide Partner voll-erwerbstätig sind, verbringen Frauen mehr Zeit mit Hausarbeit und Kinderbetreuung als Männer, obwohl das Engagement der Väter zwischen 1991 und 2001 sichtbar zugenommen hat (siehe Boll/Leppin 2011 auf Basis der *Zeitbudgeterhebungen* 1991/92 und 2001/2002). In *PAIRFAM* werden regelmäßig zeitliche Informationen zur Arbeitsteilung bei Hausarbeit, Einkaufen, Reparaturen, Kinderbetreuung und Behördengängen/finanziellen Angelegenheiten erhoben.

Zeitkonflikte zwischen Partnern können zum einen bezüglich der Frage entstehen, wer welche Arbeiten (insbesondere bezahlte gegenüber unbezahlten) verrichtet, zum anderen beim Umfang der frei zur Verfügung stehenden Zeit – der Freizeit. Laut *Zeitbudgeterhebung* 1991/92 hatten Männer durchschnittlich 20 Minuten mehr Freizeit pro Tag als Frauen, bei Erwerbstätigen betrug die Differenz schon mehr als eine halbe Stunde, und dabei ist die sogenannte Freizeitlücke kein auf Deutschland beschränktes Phänomen (Beblo 2001b). Wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um eine Angleichung der Gesamtarbeitszeiten von Frauen und Männern zum Trotz (z.B. Burda/Hamermesh/Weil 2013) zeigt eine aktuelle Studie mit US-amerikanischen Daten von Berik und Kongar (2013), dass Frauen und Männer auf Reduktionen ihrer Erwerbsarbeitszeit während und nach der Finanzkrise von 2007–09 unterschiedlich reagiert und die durchschnittliche Freizeitlücke damit wieder erhöht haben (wobei die größte Lücke weiterhin zwischen voll-erwerbstätigen Frauen und Männern besteht).

2.3.2. Nach welchen Regeln werden Entscheidungen bei divergierenden Interessen getroffen und welche Faktoren beeinflussen die Verhandlungsmacht der Partner?

Auf Grundlage der genannten großen Datensätze ist es möglich, die Arbeitsteilung im Paar vor dem Hintergrund soziodemografischer und ökonomischer Merkmale zu studieren und einige Annahmen des unitären Haushaltsmodells zu testen beziehungsweise Vorhersagen unterschiedlicher Verhandlungsmodelle zu prüfen, vor allem ob die einvernehmliche Entscheidungsfindung unabhängig von äußeren (Tei-

lungs-)Faktoren bleibt.⁶ Im Gegensatz zur *Zeitbudgeterhebung* bieten das *SOEP*, und mittlerweile auch *PAIRFAM*, als Panels zudem eine Analyse der zeitlichen Entwicklung der innerfamilialen Arbeitsteilung.

Die in den Daten immer noch häufig zu beobachtende traditionelle Arbeitsteilung mit asymmetrischer Zeitverwendung auf bezahlte und unbezahlte Arbeit, insbesondere von verheirateten Paaren, ist grundsätzlich mit der Vorhersage sowohl eines unitären als auch eines kooperativen Verhandlungsmodells vereinbar. Dass allerdings politische Maßnahmen, die in erster Linie an Alleinerziehende gerichtet sind, Einfluss auf familieninterne Verhandlungsergebnisse zur Zeitverwendung nehmen und höhere staatliche Hilfen für alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter mit geringerer Erwerbsbeteiligung auch von verheirateten Frauen einhergehen, wie Phipps und Burton (1995) in einer länderübergreifenden Studie zeigen, wird nur von einem Verhandlungsmodell so vorhergesagt.

Eine neuere Studie zur Erwerbstätigkeit von Frauen stellt nun fest, dass der Umfang der Erwerbstätigkeit nicht nur vom Familienstand abhängt, sondern auch davon, ob die Frau zum ersten oder zum wiederholten Male verheiratet ist (Aughinbaugh 2012). In späteren Ehen ist die Wahrscheinlichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geringer. Dies führt die Autorin auf die Erfahrung der Trennung zurück. Zum einen wissen Frauen daher um den zeitlich beschränkten Vorteil einer familieninternen Spezialisierung auf Haushaltsarbeit. Zum anderen kennen sie nun ihren eigenen ökonomischen Nachteil, wenn sich deswegen ihre eigene Qualifikation und die ihres Partners nicht in gleichem Maße weiterentwickeln konnten.

Die relativen Zeitanteile, die weiblichen und männlichen Partner in berufstätigen Paaren für ihre Freizeit zur Verfügung stehen, deuten daher auch auf nichtkooperative innerfamiliale Strategien hin. So zeigen Beblo und Robledo (2008), dass der Freizeitanteil der Frau mit der Höhe ihres relativen Erwerbseinkommens ansteigt – sie ihn sozusagen mit der Macht des Geldes durchsetzen kann. Die Erklärungskraft des nichtkooperativen Verhandlungsmodells ist allerdings begrenzt, denn dieser Zusammenhang zwischen Freizeit und Einkommen gilt nicht linear: Sobald die Frau über ein höheres Einkommen verfügt als der Mann, kehrt er sich wieder um. Das heißt, Frauen als Hauptverdienerinnen haben sogar weniger Freizeit, weil sie mehr Haushaltstätigkeiten übernehmen als ihre geringer entlohnten männlichen Partner. Dies

[6] Die *Zeitbudgeterhebung* ist hierzu allerdings nur eingeschränkt nutzbar, da sie die für ökonomische Analysen wichtige Variable Bruttolohn nicht erhebt – eine Preisvariable, mit welcher die Opportunitätskosten alternativer Zeitverwendungen für jedes Individuum berechnet werden könnten.

bestätigt Haberkern (2007) mit den Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/02 und interpretiert den höheren Arbeitseinsatz der Frauen als Kompensationsleistung für die Abweichung von der Norm: Indem sie mehr Hausarbeit übernehmen, betonen sie ihre weibliche Rolle. Dieses Verhalten ist als ‚gender display‘ oder ‚doing gender‘ (nach West/Zimmermann 1987; Gildemeister 2004) in zahlreichen soziologischen Studien bestätigt worden (z.B. Bittman et al. 2003; Brines 1994; Tichenor 2005).

Experimentelle Evidenz zur Arbeitsteilung im Paar existiert in Ansätzen und bislang auch nur unveröffentlicht. Uns sind international vier Experimente bekannt, in denen echte Paare in einer kontrollierten Umgebung Arbeitsentscheidungen treffen sollten, die ökonomische Auswirkungen auf die Erträge beziehungsweise die Zeitaufwendungen der einzelnen Partner hatten (Cochard et al. 2009; Beblo/Beninger 2010; Görges 2013; Schröder et al. 2013). Im Experiment von Görges (2013) sind Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit bereit, eine unbezahlte Hilfsaufgabe zu übernehmen, mit der die Auszahlung ihres Spielpartners erhöht werden kann, wenn es sich dabei um ihren tatsächlichen Partner handelt. Bei Männern zeigt sich diese höhere Bereitschaft nicht. Bei Schröder et al. (2013) übernehmen in der Mehrzahl der Paare, unabhängig vom Geschlecht, die ‚Zweitverdiener‘ innerhalb der Paare (=Person mit dem geringeren Bruttolohn) die unbezahlte Aufgabe. ‚Erstverdiener‘ tun dies erst signifikant häufiger, wenn Individualbesteuerung statt gemeinsamer Besteuerung (Ehegattensplitting) eingeführt wird, weshalb die Hausarbeit bei individueller Steuer insgesamt gleichermaßen zwischen den Partnern verteilt ist.

Schließlich zeigen empirische Studien, dass das Arbeitsangebot von Frauen auch durch das Geschlechterverhältnis auf dem Heiratsmarkt und das Scheidungsrecht beeinflusst wird. Generell gilt, je besser ein Partner bei Auflösung der Ehe durch die Umweltbedingungen gestellt ist, desto höher ist seine Verhandlungsposition in der Ehe. Chiappori et al. (2002) bestätigen beispielsweise diesen Zusammenhang für Zweiverdienerpaare in den USA: Mit der Knappheit der Frauen auf dem Heiratsmarkt sinkt ihr Arbeitsangebot im Haushalt. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Angrist (2002) mit Daten von US-amerikanischen Einwanderern. Das Scheidungsrecht wiederum hat dann Einfluss, wenn ein Scheitern der Ehe als Drohpunkt fungiert (im kooperativen Modell). In diesem Fall beeinflussen Unterhaltsregelungen, Definition und Teilungsregeln ehelichen Vermögens bei Scheidung die Verhandlungsposition schon innerhalb der Ehe. Peters (1986) und Parkman (1992) zeigen mit U.S.-amerikanischen Daten der 1970er-Jahre, dass der Übergang einzelner Bundesstaaten von ‚mutual-consent‘ Regelungen zu ‚unilateral-divorce laws‘ das Arbeitsangebot der Frauen beeinflusst. Wenn bei ‚unilateral-divorce‘ die Scheidung auch von nur einem Partner eingereicht werden kann, steigt mit dem Scheidungsrisiko zugleich auch das Spezialisierungsrisiko durch unbezahlte Arbeit, weshalb

Frauen einen geringeren Anreiz haben, ihr Erwerbsarbeitsangebot zugunsten von Hausarbeit einzuschränken. Parkmans Analyse (1992) bestätigt diesen Effekt insbesondere für jüngere und höher qualifizierte Frauen, die in Bezug auf ihr marktfähiges Humankapital „mehr zu verlieren haben“. Gray (1998) berücksichtigt zusätzlich die regionale Variation im ehelichen Güterrecht und stellt so einen Zusammenhang zwischen Verhandlungsposition und Erwerbstätigkeit der Frau her (siehe auch Erläuterungen in Beblo 2001a).

Unsere Sichtung der empirischen Literatur hat deutlich gemacht, dass institutionelle Rahmenbedingungen Anreize für Fertilität, Arbeitsteilung und Einkommensverwendung innerhalb eines Paares geben beziehungsweise Interessenskonflikte in diesen Bereichen moderieren oder sogar schüren können. Die relevantesten Politikinstrumente in Deutschland, welche Auswirkungen auf die relativen Verhandlungspositionen von Partnern haben, sind das Steuer- und Sozialsystem, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung, das Scheidungs- und Unterhaltsrecht und die Hinterbliebenenrente. Auch gleichstellungspolitische Instrumente, die zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Reduktion der geschlechtsspezifischen Lohnlücke beitragen, stärken die Verhandlungsposition von Frauen.

Um politische Ziele effektiver zu erreichen, erscheint es uns zwar nötig den Fokus zunächst stärker auf die Paarebene zu lenken um die Interessenskonstellation und Aushandlungsprozesse unter den Partnern in den Blick nehmen. Die hieraus abzuleitenden Maßnahmen sollten jedoch stärker am Individuum ansetzen.

Familienpolitik hat sich (unter anderem) zum Ziel gesetzt, die Umsetzung bestehender Kinderwünsche erleichtern zu wollen.⁷ Sie kann hier prinzipiell zwei Wege gehen. Zum einen kann sie im Nachhinein den Partner, der den größten Verzicht geleistet hat, für seine Kosten entschädigen. Dies wird jedoch – aufgrund der zunehmend zentralen Bedeutung der Erwerbsintegration für individuelle materielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe – künftig immer weniger gelingen. Erfolgversprechender scheint es, die Entstehung kindbedingter Einkommens- und Beschäftigungseinbußen im Vorhinein durch eine *gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf* möglichst zu vermeiden. Hier spielen die institutionelle Betreuungsinfrastuktur und die Förderung einer aktiven Vaterrolle, etwa über Vaterkomponenten im Elterngeld, eine wichtige Rolle. Eine aktuelle internationale vergleichende Studie von Boll et al. (2013b) zeigt, dass hohe Lohnersatzraten im Elterngeld und exklusive Vatermonate mit einer höheren Zeitverwendung von Vätern mit ihren Kindern korrelieren.

Die Arbeitsteilung eines Paares kann indirekt durch die Regelung von Unterhaltsansprüchen im Scheidungsfall und den Anspruch auf Witwer- bzw. Witwenrente im Todesfall begünstigt werden. So ist das Spezialisierungsrisiko in einer Ehe gerin-

[7] Dies hat Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder in einem Interview mit dem SPIEGEL zuletzt noch einmal bestätigt, das am 9.2.2013 erschienen ist. Zur Diskussion und historischer Entwicklung von Fertilitätszielen der Familienpolitik vgl. Boll et al. (2013a), S. 5–11.

ger als in einer Lebensgemeinschaft, in der der Partner/die Partnerin weder ein Anrecht auf eine Unterhalts- noch auf eine Rentenzahlung hat. Die Ehe fungiert hier als vertragliche Absicherung des wirtschaftlich nicht oder weniger aktiven Partners, indem die Verschlechterung seiner oder ihrer relativen Verhandlungsposition durch den Unterhalts- oder Rentenanspruch zumindest teilweise aufgefangen wird.⁸

Abgesehen von diesen eher *indirekten* Anreizeffekten, die durch eine verbesserte Rückfall- und damit Verhandlungsposition eines der Partner zustande kommen, gibt es auch institutionelle Rahmenbedingungen, welche *direkte* ökonomische Anreize für Spezialisierung bieten. Im Ehegattensplitting beispielsweise ist wegen des – im Vergleich zur Individualbesteuerung – höheren Grenzsteuersatzes die Erwerbsbeteiligung für den zweiten verdienenden Ehepartner (meist die Ehepartnerin) zumindest kurzfristig weniger attraktiv. Der Splittingvorteil vergrößert zwar in der Regel das Haushaltseinkommen eines Paares, mindert aber die relative Verhandlungsposition des nichterwerbstätigen Partners. Simulationsrechnungen auf Grundlage des kollektiven Modellrahmens bestätigen, dass die gemeinsame Besteuerung von Ehegatten im Vergleich zur Individualbesteuerung Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten von Frauen hat sowie die Wohlfahrtseffekte groß sind und sich stark zwischen Frauen und Männern unterscheiden (vgl. die Studien in Beblo et al. (2004), Beblo et al. (2006), Beninger et al. (2006b) und siehe Boll et al. 2013c, 28–35 für einen Überblick, die Quantifizierung des Arbeitskräftepotenzials unter deutschen verheirateten Frauen und eine kritische Diskussion des Ehegattensplittings in diesem Kontext).⁹ Die relativen marginalen Nettoeinkommensbeiträge der Partner zum Haushaltseinkommen sind demnach wichtige Determinanten der Teilungsregel. Deshalb kann der Staat durch das Steuersystem und den Einkommensteuertarif Einfluss auf die Verhandlungspositionen der Partner nehmen.

Viele Politikinstrumente der deutschen Sozial- und Steuerpolitik treffen zudem explizit oder implizit die Annahme, dass Familien oder Paare ihre Einkommen als gemeinsames Einkommen betrachten und verwenden. Sie gehen davon aus, dass es keine Rolle spielt, welche Person einen Transfer an den Haushalt erhält, dass jeder Euro an den Haushalt unabhängig von der Person, die ihn empfängt, gleich

[8] Zu weiteren Ausführungen zu den unterschiedlichen Anreizeffekten von Ehe und Lebensgemeinschaft siehe Beblo (2012).

[9] Weitere Analysen für verschiedene europäische Länder sind in einem Bericht an die EU-Kommission (Laisney 2002) und daraus entstandenen Publikationen (Bargain et al. 2006; Beninger et al. 2006a; Myck et al. 2006; Vermeulen et al. 2006) zusammengefasst.

verwendet wird. Von einem solchen Einkommenspooling gehen sowohl das Steuer-Splitting-Verfahren als auch die sogenannte Bedarfsgemeinschaft zusammenlebender Personen nach SGB II aus. Wie nun die empirische Forschung gezeigt hat, ist die Annahme des Einkommenspooling in der Regel nicht erfüllt – im Gegenteil, der/die Empfängerin eines Einkommens(transfers) spielt eine maßgebliche Rolle für dessen Verwendung. Eine an eine bestimmte Gruppe gerichtete Maßnahme kann somit ungewollte Wirkungen hervorrufen, wenn Angehörige dieser Gruppe nicht auch praktisch – ob durch steuerliche Vergünstigungen, subventionierte Versicherungsbeiträge oder direkte Geldleistungen – adressiert werden.

1. PAARE ENTSCHEIDEN. Auf Paarebene werden viele Entscheidungen getroffen, die das Bild einer Gesellschaft prägen. Paare entscheiden unter anderem darüber, wofür sie ihr Geld ausgeben, ob sie Kinder bekommen und wie sie ihre Zeit auf Erwerbsarbeit, Haushalt und Freizeit aufteilen wollen.

2. ABER WIE? Obwohl die gesamtwirtschaftliche und politische Relevanz dieser Entscheidungen unumstritten ist, liegen die Entscheidungsprozesse selbst noch weitgehend im Dunkeln.

3. HARMONIE PUR? Vereinfachend wird oftmals angenommen, dass Paare als Interessenseinheit agieren. Dies bedeutet, dass sie entweder die gleichen Interessen verfolgen oder, sollten Interessenskonflikte bestehen, diese durch Ausgleichszahlungen untereinander ausräumen können.

4. PAARE HANDELN. Die empirische Evidenz zeigt jedoch, dass dem nicht (immer) so ist. Stattdessen ist davon auszugehen, dass in vielen Fällen die getroffene Entscheidung neben den Vorlieben und dem finanziellen Budget auch von der Macht der einzelnen Partner abhängt, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen.

5. HANDLUNGSMACHT. Die Handlungsmacht der Partner wird durch ihre Ressourcenausstattung in verschiedenen inner- und außerpartnerschaftlichen Handlungsoptionen sowie die Legitimation zur Nutzung dieser Optionen bestimmt. Beides wird maßgeblich durch ein soziales Geflecht von politisch gesetzten Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Normen und Rollenbildern beeinflusst.

6. PAARE HANDELN UM ZEIT. Männer und Frauen investieren unterschiedlich viel Zeit in bezahlte und unbezahlte Arbeit. Auch die verbleibende freie Zeit unterscheidet sich – je nach Erwerbsstatus und Kinderzahl – zum Teil erheblich zwischen den Geschlechtern. Für die Durchsetzung von individuellen Zeitwünschen kann die relative Verhandlungsmacht von Partnern eine Rolle spielen. Die empirische Evidenz belegt, dass zu den Faktoren, die die Verhandlungsmacht beeinflussen, das relative Einkommen aus Erwerbsarbeit, Transferleistungen und auch die sozialen Geschlechterrollen zählen. Auch das Scheidungs- und Unterhaltsrecht und das Geschlechterverhältnis auf dem Partnermarkt können Einfluss haben.

7. PAARE HANDELN UM GELD. Die Einkommensverwendung eines Paares hängt maßgeblich davon ab, wer das Einkommen erzielt hat. Nicht nur bei Erwerbseinkommen sondern auch bei Nichterwerbseinkommen (z.B. durch staatliche Transfers) ist der konkrete Empfänger/die konkrete Empfängerin der Leistung relevant. Dar-

über hinaus beeinflussen auch Alters- und Bildungsunterschiede innerhalb eines Paares und das grundsätzliche Wohlstandsniveau den Zugriff der einzelnen Partner auf das Haushaltseinkommen.

8. PAARE HANDELN UM (NOCH) EIN KIND. Im Fall irreversibler Entscheidungen wie Geburtenentscheidungen spielen die langfristigen Folgen heutiger Entscheidungen eine besondere Rolle. Sind Familie und Beruf nicht vereinbar, geht mit der Geburt ein einseitiges Spezialisierungsrisiko – in der Regel der Frau – auf marktferne Arbeit einher. Sehen Frauen die hieraus resultierende höhere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner und geringere Durchsetzungskraft bei Interessenskonflikten voraus, sinkt ihre Bereitschaft, das „Wagnis Kind“ einzugehen. Ob Frauen sich mit ihrem Votum für oder gegen ein (weitere) Kind gegenüber ihrem Partner durchsetzen können, wird von ihrer relativen Einkommensposition, ihrem Bildungsstand und ihrer Attraktivität auf dem Partnermarkt beeinflusst. Auch das Scheidungsrecht und Unterstützungszahlungen an Alleinerziehende wirken auf die Verhandlungsposition von Frauen.

9. POLITIK: DAS PAAR ALS GANZES IN DEN BLICK NEHMEN, ABER MASSNAHMEN UND LEISTUNGEN AN INDIVIDUEN ADRESSIEREN. Um die Wünsche und Handlungsoptionen von Frauen und Männern in Partnerschaften zu erfassen, ist es wichtig, den jeweiligen Partner mit in den Blick zu nehmen. Hieraus abgeleitete Maßnahmen sollten jedoch an Einzelpersonen anknüpfen, um die politisch intendierten Wirkungen auch zu erreichen.

10. FÜR EINE FAMILIENSTANDUNABHÄNGIGE POLITIK. Da Frauen und Männer Ehen oder Lebenspartnerschaften eingehen und wieder auflösen, oder der Tod eines Partners die Beziehung beenden kann, sollte die Ressourcenausstattung als dauerhafte, nachhaltige Basis für Lebensstandard und materielle Absicherung – sowie die Möglichkeiten, hieraus Erträge zu erzielen – familienstandunabhängig sein. Dies betrifft sowohl die marktlichen als auch die der einzelnen Person vom Staat zufließenden Ressourcen.

- **Amuedo-Dorantes, C.; Bonke, J.; Grossbard, S. (2010):** Income Pooling and Household Division of Labor: Evidence from Danish Couples, Working Paper version December 2010, Mimeo, San Diego State University.
- **Angrist, J. (2002):** How Do Sex Ratios Affect Marriage and Labor Markets? Evidence from America's Second Generation, *Quarterly Journal of Economics* 117 (3), 997–1038.
- **Apps, P. F.; Rees, R. (1988):** Taxation and the Household, *Journal of Public Economics* 35, 355–369.
- **Ashraf, N. (2009):** Spousal Control and Intra-Household Decision Making: An Experimental Study in the Philippines, *American Economic Review* 99 (4), 1245–1277.
- **Attanasio, O.; Lechene, V. (2002):** Tests of Income Pooling in Household Decisions, *Review of Economic Dynamics* 5 (4), 720–748.
- **Aughinbaugh, A. (2012):** The effects of remarriage on women's labor supply, *Journal of Population Economics* 23 (4), 1151–1176.
- **Bauer, G.; Jacob, M. (2010):** Fertilitätsentscheidungen im Partnerschaftskontext. Eine Analyse der Bedeutung der Bildungskonstellation von Paaren für die Familiengründung anhand des Mikrozensus 1996–2004, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62 (1), 31–60.
- **Bauer, G.; Kneip, T. (2013):** Fertility from a Couple Perspective. A Test of Competing Decision Rules on Proceptive Behaviour, *European Sociological Review* 29 (3), 535–548.
- **Beblo, M. (2012):** Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren, *Soziale Welt*, Special issue 19 „Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik“, 193–207.
- **Beblo, M. (2001a):** Bargaining over Time Allocation: Economic Modeling and Econometric Investigation of Time Use within Families, *Contributions to Economics*, Heidelberg.
- **Beblo, M. (2001b):** Die Freizeitlücke zwischen erwerbstätigen Müttern und Vätern – Ein ökonomischer Erklärungsversuch mit Daten der deutschen Zeitbudgeterhebung 1991/92, in: Ehling, M., J. Merz et al. (Hrsg.): *Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft*, Spektrum Bundesstatistik Bd. 17, Stuttgart, 103–116.
- **Beblo, M.; Beninger, D. (im Erscheinen):** Wie teilen Paare wirklich? Ergebnisse einer experimentellen Studie zu Geldaufteilung und Geldverwendung, in: U. Spangenberg und M. Wersig (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse steuern – Perspektivenwechsel im Steuerrecht*, edition sigma, Berlin.
- **Beblo, M.; Beninger, D. (2012):** Do husbands and wives pool their incomes? Experimental evidence? *Working Paper* 2012–10, BETA, University of Strasbourg.
- **Beblo, M.; Beninger, D. (2010):** Kurzdokumentation zur Studie Konsumententscheidungen und Zeitverwendung bei Paaren, Mimeo, Berlin School of Economics.
- **Beblo M.; Beninger, D.; Cochard, F.; Couprie, H.; Hopfensitz, A. (2012):** Equality-Efficiency Trade-off within French and German Couples – A Comparative Experimental Study, *Working Paper* 2012–44, University of Cergy-Pontoise.
- **Beblo, M.; Beninger, D.; Laisney, F. (2006):** Besteuerung von Familien. Ökonomische Wirkungen der Reformalternativen Individualbesteuerung und Familiensplitting. In: Althammer, J., Klammer, U. (Hrsg.): *Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung*, Tübingen, 93–114.
- **Beblo, M.; Beninger, D.; Laisney, F. (2004):** Family Tax Splitting: A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-household Welfare Effects in Germany, *Applied Economics Quarterly* 50(3), 231–248.
- **Beblo, M.; Robledo, J. R. (2008):** The Wage Gap and the Leisure Gap for Double Earner Couples, *Journal of Population Economics* 21, 281–304.
- **Becker, G. S. (1981):** *A Treatise on the Family*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- **Becker, G. S. (1965):** A Theory of the Allocation of Time, *Economic Journal* 75, 493–517.
- **Becker, G. S. (1960):** An Economic Analysis of Fertility. Demographic and Economic Change in Developed Countries, *Universities-National Bureau of Economic Research Conference Series* 11, NBER, Princeton NJ, 209–231.
- **Beninger, D. (2012):** Estimating economic household models using a new panel for families (PAIRFAM), Mimeo, Berlin School of Economics.

- **Beninger, D.; Bargain, O.; Beblo, M.; Blundell, R.; Carrasco, R.; Chiuri, M.-C.; Laisney, F.; Lechene, V.; Longobardi, E.; Moreau, N.; Myck, M.; RuizCastillo, J.; Vermeulen, F. (2006a)**, Evaluating the move to a linear tax system in Germany and other European countries: the choice of the representation of household decision processes does matter, *Review of the Economics of the Household* 4, 159–180.
- **Beninger, D.; Laisney, F.; Beblo, M. (2006b)**: Welfare analysis of a tax reform for Germany: a comparison of the unitary and collective models of household labour supply, *Journal of Population Economics*, 1–25.
- **Berik, G.; Kongar, E. (2013)**: Time allocation of married mothers and fathers in hard times: The 2007-09 US Recession, *Feminist Economics* 19 (3), 208–237.
- **Bittman, M.; England, P.; Sayer, L.; Folbre, N.; Matheson, G. (2003)**: When does gender trump money? Bargaining and time in household work, *The University of Chicago, AJS* 109(1), 186–214.
- **Blundell, R.; Chiappori, P.-A.; Magnac, T.; Meghir, C. (2007)**: Collective Labour Supply: Heterogeneity and Non-Participation, *Review of Economic Studies* 74, 417–445.
- **Boll, C. (2011a)**: Lohneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang, Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten, Monografische Dissertationsschrift, Reihe „Sozialökonomische Schriften“ (Hrsg.: Prof. Dr. B. Rürup und Prof. Dr. W. Sesselmeier), Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main et al.
- **Boll, C. (2011b)**: Mind the gap – German motherhood risks in figures and game theory issues, *International Economics and Economic Policy* 4 (8), 363–382.
- **Boll, C.; Bonin, H.; Gerlach, I.; Hank, K.; Laß, I.; Nehrkorn-Ludwig, M.; Reich, N.; Reuß, K.; Schnabel, R.; Schneider, A.; Stichnoth, H.; Wilke, C. (2013a)**: Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen, Hamburg.
- **Boll, C.; Leppin, J. S.; Reich, N. (2013b)**: Paternal childcare and parental leave policies: evidence from industrialized countries, *Review of Economics of the Household*, DOI 10.1007/s11150-013-9211-z (Online First).
- **Boll, C.; Kloss, A.; Puckelwald, J.; Schneider, J.; Wilke, C.; Will, A. (2013c)**: Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in Deutschland: Maßnahmen und Effekte, Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM), Hamburg.
- **Boll, C.; Leppin, J. S. (2011)**: Zeitverwendung von Eltern auf Familie und Beruf im internationalen Vergleich, Kurzfassung eines Gutachtens im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Policy/HWWI_Policy_Paper-59_Kurzfassung.pdf
- **Bonke, J.; Browning, M. (2010)**: Allocation of Expenditures within the Household: A New Danish Survey, *Fiscal Studies* 30 (3–4), 461–481.
- **Bonke, J.; Uldall-Poulsen, H. (2007)**: Why do Families Actually Pool their Income? Evidence from Denmark, *Review of Economics of the Household*, 5 (2), 113–128.
- **Bourguignon, F. J.; Browning, M.; Chiappori, P.-A. (2009)**: Efficient Intra-Household Allocations and Distribution Factors: Implications and Identification, *Review of Economic Studies* 76, 503–528.
- **Bourguignon, F. J.; Browning, M.; Chiappori, P.-A.; Lechene, V. (1993)**: Intra Household Allocation of Consumption: A Model and some Evidence from French Data, *Annales d’Economie et de Statistique* 29, 137–156.
- **Bourguignon, F. J.; Chiappori, P.-A. (1992)**: Collective Models of Household Behavior, *European Economic Review* 36, 355–364.
- **Brines, J. (1994)**: Economic Dependency, Gender and the Division of Labor at Home, *American Journal of Sociology* 100, 652–688.
- **Browning, M.; Bourguignon, F.; Chiappori, P. A.; V. Lechene (1994)**: Income and Outcomes, A Structural Model of Intrahousehold Allocation, *Journal of Political Economy* 102 (6), 1067–1096.
- **Browning, M.; Chiappori, P.-A. (1998)**: Efficient Intra-Household Allocations: A General Characterization and Empirical Tests, *Econometrica* 66, 1241–1278.

- **Browning, M.; Chiappori, P. A.; Lechene, V. (2006):** Collective and unitary models: A clarification, *Review of Economics of the Household* 4, 5–16.
- **Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder im Interview mit dem SPIEGEL (Erscheinungsdatum 9.2.2013),** <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles,did=195978.html>.
- **Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Robert Bosch Stiftung (2005):** The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (DIALOG – PPAS).
- **Burda, M.; Hamermesh, D.S.; Weil, P. (2013):** Total work and gender: Facts and possible explanations, *Journal of Population Economics* 26 (1), 239–61.
- **Cherchye, L.; De Rock, B.; Vermeulen, F. (2012):** Married with Children: A Collective Labor Supply Model with Detailed Time Use and Intrahousehold Expenditure Information, *American Economic Review* 102 (7), 3377–3405.
- **Chiappori, P.-A. (1992):** Collective Labor Supply and Welfare, *Journal of Political Economy* 100, 437–467.
- **Chiappori, P.-A. (1988):** Rational Household Labor Supply, *Econometrica* 56, 63–89.
- **Chiappori, P.-A.; Ekeland I. (2001):** Household Demand: a Complete Characterization, Mimeo, University of Chicago.
- **Chiappori, P.-A.; Fortin, B.; Lacroix, G. (2002):** Marriage Market, Divorce Legislation, and Household Labour Supply, *Journal of Political Economy* 110, 37–72.
- **Cochard, F.; Couprie, H.; Hopfensitz, A. (2009):** Do Spouses Cooperate? And If Not, Why? *Working Paper* 2009–10, University of Cergy-Pontoise.
- **Corijn, M.; Liefbroer, A. C.; De Jong Gierveld, J. (1996):** It takes two to tango, doesn't it? The influence of couple characteristics on the timing of the birth of the first child, *Journal of Marriage and the Family* 58, 117–126.
- **DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] Berlin 2011:** Gemeinsames Konto: Wer mehr einbringt, bekommt auch mehr heraus, Pressemitteilung vom 07.07.2011.
- **Eckhard, J.; Klein, T. (2012):** Rahmenbedingungen, Motive und die Realisierung von Kinderwünschen, in: Bertram, H.; Bujard, M. (Hrsg.): Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik, *Soziale Welt*, Sonderband 19, Nomos Verlag, Baden-Baden, 231–252.
- **Gildemeister, R. (2004):** Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung, in: Becker, R.; Kortendiek, B. (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*, Wiesbaden, 132–141.
- **Görges, L. (2013):** The Power of Love: A Subtle Driving-Force for Unegalitarian Labour Division? Experimental Findings on the Determinants of the Gender-Gap in Paid and Unpaid Work Participation, Mimeo, Universität Hamburg.
- **Gray, J. S. (1998):** Divorce-Law Changes, Household Bargaining, and Married Women's Labor Supply, *American Economic Review* 88, 628–642.
- **Greenwood, J.; Guner, N.; Knowles J. A. (2003):** More on Marriage, Fertility, and the Distribution of Income, *International Economic Review* 44, 3, 827–862.
- **Haberkern, K. (2007):** Zeitverwendung und Arbeitsteilung in Paarhaushalten *Zeitschrift für Familienforschung* 19 (2), 159–185.
- **Haddad, L.; Kanbur R. (1992):** Intrahousehold Inequality and the Theory of Targeting, *European Economic Review* 36 (2), 372–378.
- **Hener, T. (2010):** Do Couples Bargain over Fertility? Evidence Based on Child Preference Data, *SOEP-Papers* 323.
- **Holst, E.; Schupp, J. (2006):** Einstellungen zur Berufstätigkeit der Frau und geschlechtsspezifische Arrangements der Geldverwaltung in Paarhaushalten. In: Karl-Siebert Rehberg (Hg.), *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, Frankfurt am Main-New York: 2440–2449, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-143700>
- **Hotchkiss, J. L. (2005):** Do Husbands and Wives Pool their Resources? Further Evidence, *Journal of Human Resources* 40 (2), 519–531.
- **Huinink, J.; Brüderl, J.; Nauck, B.; Walper, S.; Castiglioni, L.; Feldhaus M. (2011):** Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics

(pairfam): Conceptual framework and design, *Zeitschrift für Familienforschung* 23 (1), 77–101.

- **Iversen, V.; Jackson, C.; Kebede, B.; Munro, A.; Verschoor, A. (2011):** Do Spouses Realise Cooperative Gains? Experimental Evidence from Rural Uganda, *World Development* 39 (4), 569–578.
- **Iyigun, M.; Walsh R. P. (2007):** Endogenous gender power, household labor supply and the demographic transition, *Journal of Development Economics* 82, 138–155.
- **Kalugina E.; Sofer, C.; Radtchenko, N. (2009):** Intra-household Inequality in Transitional Russia, *Review of Economics of the Household* 7 (4), 447–471.
- **Laisney, F. (2002) (Hrsg.):** Final Report for the EU Project “Welfare Analysis of Fiscal and Social Security Reforms in Europe: Does the Representation of Family Decision Processes Matter?” Contract No: VS/2000/0776. Written for the European Commission, DG Employment and Social Affairs.
- **Ludwig-Mayerhofer, W. (2006):** Geldverwaltung und -verteilung in Paarbeziehungen, *Zeitschrift für Sozialreform* 52 (4), 467–491.
- **Ludwig-Mayerhofer, W.; Gartner, H.; Allmendinger, J. (2006):** The Allocation of Money in Couples: The End of Inequality?, *Zeitschrift für Soziologie* 35 (3), 212–226.
- **Lundberg, S.; Pollak, R. A. (2003):** Efficiency in Marriage, *Review of Economics of the Household* 1 (3), 153–167.
- **Lundberg, S.; Pollak R. A. (1993):** Separate Spheres Bargaining at the Marriage Market, *Journal of Political Economy* 101 (6), 988–1010.
- **Lundberg, S.; Pollak, R. A.; Wales, T. J. (1997):** Do Husbands and Wives Pool their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit, *Journal of Human Resources* 32, 463–480.
- **Manser, M.; Brown, M. (1980):** Marriage and Household Decision-Making: A Bargaining Analysis, *International Economic Review* 21, 31–44.
- **McElroy, M. B. (1990):** The Empirical Content of Nash-Bargained Household

Behaviour, *Journal of Human Resources* 25 (4), 559–583.

- **McElroy, M. B.; Horney, M. J. (1981):** Nash-Bargained Household Decisions: Toward a Generalization of the Theory of Demand, *International Economic Review* 22, 333–49.
- **Myck, M.; Bargain, O.; Beblo, M.; Beninger, D.; Blundell, R.; Carrasco, R.; Chiuri, M.-C.; Laisney, F.; Lechene, V.; Longobardi, E.; Moreau, N.; Ruiz-Castillo, J.; Vermeulen, F. (2006):** The Working Families’ Tax Credit and some European tax reforms in a collective setting, *Review of Economics of the Household* (4), 129–158.
- **Ott, N. (1995):** Fertility and Division of Work in the Family – a game theoretic model of household decisions, in: Kuiper, E., J. Sap (ed.): *Out of the Margin. Feminist Perspectives on Economics*, 80–90.
- **Ott, N. (1992):** Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Dissertation, Berlin: Springer.
- **Parkman, A.M. (1992):** Unilateral Divorce and the Labor-Force Participation Rate of Married Women, Revisited, *American Economic Review* 82 (3), 671–678.
- **Pavetic, M.; Stein, P. (2011):** Entscheidungsprozess zur Familiengründung in Partnerschaften, *Zeitschrift für Familienforschung* 23, 5–23.
- **Peters, H. E. (1986):** Marriage and Divorce: Informational Constraints and Private Contracting, *American Economic Review* 76 (3), 437–454.
- **Phipps, S. A.; Burton, P. S. (1995):** Social/institutional variables and behavior within households: An empirical test using the Luxembourg Income Study, *Feminist Economics* 1, 151–174.
- **Rasul, I. (2008):** Household Bargaining over Fertility: Theory and Evidence from Malaysia, *Journal of Development Economics* 86, 215–241.
- **Rosina, A.; Testa M. R. (2009):** Couples’ First Child Intentions and Disagreement: An Analysis of the Italian Case, *European Journal of Population* 25, 487–502.

- **Rubalcava, L., D. Thomas (2000):** Family Bargaining and Welfare, Papers 00-10, RAND - Labor and Population Program.
- **Samuelson, P. A. (1956):** Social Indifference Curves, *The Quarterly Journal of Economics* 70 (1), 1-22.
- **Schneider, J.; Beblo, M.; Maier, F. (2011).** Ökonomische Bilanzierung eines Frauen- und eines Männerlebens in Deutschland, gender...politik...online, Oktober 2011, http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/oekonomische_bilanzierung
- **Schröder, M.; Schmitt, N.; Mantei B.; Brünn C. (2013):** Income Taxation and Labor Supply: An Experiment on Couple's Work Effort. Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2013.
- **Sen, A. (1983):** Economics and the Family, *Asian Development Review* 1.
- **Steurer, M. (2008):** Children as Family Public Goods: Some Implications for Fertility, School of Economics *Working Paper*, University of New South Wales.
- **Testa, M. (2010):** She wants, he wants: Couple's Childbearing Desires in Austria, *Vienna Institute of Demography Working Papers* 3/2010.
- **Testa, M. R.; Cavalli, L.; Rosina A. (2011):** Couples' childbearing behaviour in Italy – which of the partners is leading it?, *Vienna Yearbook of Population Research* 9, 157–178.
- **Thomson, E. (1997):** Couple childbearing desires, intentions, and births, *Demography* 34 (3), 343-354.
- **Thomson, E.; Hoem J. M. (1998):** Couple childbearing plans and births in Sweden, *Demography* 35 (3), 315–322.
- **Tichenor, V. (2005):** Maintaining Men's Dominance: Negotiating Identity and Power When She Earns More, *Sex Roles* 53 (3/4), 191–205.
- **Vermeulen, F.; Bargain, O.; Beblo, M.; Beninger, D.; Blundell, R.; Carrasco, R.; Chiuri, M.-C.; Laisney, F.; Lechene, V.; Moreau, N.; Myck, M.; Ruiz-Castillo, J. (2006):** Collective models of labor supply with non-convex budget sets and non-participation: a calibration approach. *Review of Economics of the Household* (4), 113–127.
- **Wagner, G. G.; Frick, J. R.; and Schupp, J. (2007):** The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements, *Schmollers Jahrbuch* 127 (1), 139-169, <http://schmollersjahrbuch.diw.de/schmollersjahrbuch/webcontent/2007/Wagner%20et%20al.pdf>
- **Ward-Batts, J. (2008):** Out of the Wallet and into the Purse: Using Micro Data to Test Income Pooling, *Journal of Human Resources* 43 (2), 325–351.
- **West, C.,; Zimmermann, D. H. (1987):** Doing gender, *Gender and Society* 1, 125–151.

ÜBER DIE AUTORINNEN

Dr. Christina Boll ist Forschungsdirektorin am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), wo sie seit März 2008 als Senior Economist das Themenfeld „Erwerbstätigkeit und Familie“ leitet. Frau Boll forscht und publiziert in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Familie und Gender. In laufenden Projekten beschäftigt sie sich u. a. mit Überqualifikation am Arbeitsmarkt und ihren Einkommensfolgen, Determinanten der Fertilität sowie intergenerationaler Mobilität. Frau Boll wurde im Mai 2010 von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit einer empirischen Arbeit zum Thema „Lohneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang. Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten“ zum Doktor promoviert. Sie erhielt für diese Arbeit 2011 den Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung (II. Platz in der Sektion Sozialwissenschaften).

Kontakt: boll@hwwi.org

Weitere Informationen: www.hwwi.org/themenfelder/erwerbstaetigkeit-und-familie.html

Miriam Beblo, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg. Als Arbeitsmarkt- und Familienökonomin analysiert sie quantitativ (auch experimentell) das Verhalten von Individuen auf Arbeitsmärkten und in privaten Haushalten, vor allem in Wechselwirkung mit dem Familien- oder Paarkontext und aus der Geschlechterperspektive und hat hierzu umfangreich veröffentlicht. Die Interessenkonflikte bei der Arbeitsteilung in Paaren waren bereits Thema ihrer Dissertation „Bargaining over time allocation – Economic modeling and econometric investigation of time use within families“.

Kontakt: miriam.beblo@wiso.uni-hamburg.de

Weitere Informationen: www.wiso.uni-hamburg.de/amg

IMPRESSUM

ISBN 978-3-86498-687-1

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autorinnen: Christina Boll • Miriam Beblo

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) • Oktober 2013

Redaktion: Christina Schildmann • Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktionelle Betreuung: Stephanie Tröder • Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© 2013 • Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de

